

Sommer 2012

# LINKS-rheinische

Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn  
www.linksfraktion-bonn.de

**DIE LINKE.**



## Liebe Bonnerinnen und Bonner,

„das bisschen Haushalt“ sorgt für Wirbel: In NRW gibt es deshalb Neuwahlen und auch in Bonn beginnt die Diskussion über den Etat 2013/2014. Rechtzeitig stehen Schwimmbäder und sogar Friedhöfe auf der Abschussliste, während der Kämmerer über die Belastungen eines noch zurückhaltenden Tarifabschlusses jammert und auch Kultur, Sport und Soziales die neueste Sparrunde fürchten müssen.

Wir meinen: Kaputtsparen kommt Bonn teuer zu stehen. Auch im Interesse der nachfolgenden Generationen dürfen wir nicht das streichen, was Bonn lebenswert macht. Wir haben als Linksfraktion im Rat Alternativen zu den Sparhaushalten aufgezeigt: Rauf mit der Gewerbesteuer statt Sozialabbau und runter mit den explodierenden Beraterkosten statt Schwimmbadsterben! Wir werden

auch nicht müde, die Ursachen der Haushaltsnotlage in den Blick zu rücken: Die Ebbe in den öffentlichen Kassen ist das Ergebnis von Steuergeschenken an Spitzenverdiener und Großkonzerne. So ver-

kommt kommunale Selbstverwaltung zwangsläufig zur kommunalen Geschenkeverwaltung wie beim Festspielhaus.

DIE LINKE meint: Nötig ist eine gerechte Steuerpolitik, die nicht bei Gering- und Normalverdienern abkassiert, sondern dort, wo der Reichtum mittlerweile obszöne Größenordnungen angenommen hat! So „angepackt“ stellen sich auch andere Fragen, als nur *wo gekürzt* und *was geschlossen* werden muss.

Herzliche Grüße,

Ihr

**Dr. Michael Faber**

(Fraktionsvorsitzender)

„Das bisschen Haushalt...“

**Abo gefällig?**  
Die LINKS-rheinische erscheint zweimal im Jahr und kann kostenfrei abonniert werden. Über Ihr Interesse freuen wir uns: [linksfraktion@bonn.de](mailto:linksfraktion@bonn.de) oder 0228/774081

**Inhaltsverzeichnis**

- ▶ Kinderarmut wirksam bekämpfen 2
- ▶ Gegen alte und neue Nazis 3
- ▶ Aktiv für preiswerten Wohnraum in Bonn 4
- ▶ Wie man einem Immobilienhai die Zähne zeigt 5
- ▶ Bahnhofsvorplatz: Widerstand gegen Investorenpläne 6
- ▶ Rekommunalisierung 7
- ▶ Impressum 8

# Links wirkt!

## ► Teilhabe

Bonn hat kulturell viel zu bieten! Hieran sollen alle teilhaben können. Auf Initiative der Linksfraktion gelten die Ermäßigungen des Bonn-Ausweises jetzt auch für das Projekt „Tonfolgen“.

## ► Energiewende

Die städtischen Gebäude beziehen zukünftig zertifizierten Ökostrom der Stadtwerke. Mit Rat- und Stadthaus geht es los. Die übrigen Gebäude sollen 2013 folgen! Die kommunale Energiewende geht auf eine Initiative der Linksfraktion zurück.

## ► Für eine starke Lobby der Kinder

Die Grünen sind mit ihrem Versuch gescheitert, dem Kinder- und Jugendring die Förderung fast vollständig zu entziehen. Auf Druck der Wohlfahrtsverbände und der Linksfraktion wird diese wichtige Einrichtung weiter gefördert. Gut so, denn Kinder und Jugendliche brauchen eine starke Lobby!

## ► Mehr Ausbildung

Bonn bildet mehr aus! Dafür hat sich die Linksfraktion auch wegen der doppelten Abiturjahrgänge erfolgreich stark gemacht. Die Stadt steht in der Pflicht, den jungen Menschen durch Ausbildung Perspektiven zu schaffen!

## ► Open Data

Die Stadt als *Black Box*? Das soll in Zukunft nicht mehr so sein! Die Linksfraktion konnte durchsetzen, dass die Stadt ein Open-Data-Portal einrichtet.

## ► Bürgersolaranlagen für Bonn

Auf städtischen Dächern sollen zukünftig Bürgersolaranlagen eingerichtet werden. Die Initiative der Linksfraktion findet breite Unterstützung. Kooperationspartner soll die Genossenschaft BürgersolarEnergie Siegburg werden.

## ► Mehr Geld für Bonn

Nur alle paar Jahre kann die Stadt entscheiden, wer im Stadtbild zu welchen Konditionen werben darf. Erst auf Initiative der Linksfraktion im Wirtschaftsausschuss wurde nachverhandelt. Das Ergebnis: Bonn erhält jährlich rund 400.000 € mehr.

# Kinderarmut wirksam bekämpfen!

von Irmgard Cipa, Vertreterin der Linksfraktion im Jugendhilfeausschuss der Stadt und am Runden Tisch gegen Kinderarmut

Selbst in der reichen Stadt Bonn ist jedes fünfte Kind arm. Knapp die Hälfte davon lebt bei einem alleinerziehenden Elternteil. Arm ist, wer mit 826 EUR weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens bezieht. Mit der Einführung von Hartz-IV hat sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder verdoppelt. Der monatliche Regelsatz ist zu niedrig, um Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Eis essen mit Freunden, ein Kinobesuch, Musikunterricht oder die Teilnahme am Trainingslager des Sportvereins sind davon nur schwer oder gar nicht zu finanzieren. Daran ändert auch das „Bildungspaket“ nichts, aus dem Eltern zusätzliche Leistungen beispielsweise für Vereinsbeiträge oder Nachhilfe beantragen können. Eine Anfrage der Linksfraktion brachte ans Licht, dass durch komplizierte Antragsverfahren und hohen Verwaltungsaufwand allein in Bonn von ca. 6 Mio. EUR zur Verfügung stehenden Mitteln 4,8 Mio. EUR im Jahr 2011 überhaupt nicht ausgezahlt wurden. Ein Teil der Mittel soll jetzt zur Finanzierung von Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Aber auch

der Rest muss bei den Kindern ankommen und darf nicht im Haushalt versickern. Die Linksfraktion hat deshalb den Dialog mit Wohlfahrtsverbänden, sozialen Einrichtungen und Initiativen gesucht. Gemeinsam auch mit der Verwaltung wurde im Rahmen eines Hearings erörtert, wie diese Millionen wirksam zur Bekämpfung von Kinderarmut eingesetzt werden können. Dabei herrschte Einmütigkeit darüber, dass vor allem die soziale Infrastruktur gefördert werden muss. Konkret bedeutet das: mehr qualifiziertes Personal für Kindertageseinrichtungen und Ausbau kostenfreier Angebote! Klar ist: Kinderarmut ist in der Regel Familienarmut. Frühe Hilfen, etwa durch Familienhebammen sollten deshalb ausgebaut werden. Zudem darf Bildungsförderung nicht erst ansetzen, wenn das Sitzenbleiben droht. Hier bleibt viel zu tun. Klar ist auch: Die Verantwortung für Fördergelder für bedürftige Kinder sollte nicht bei fernen Ämtern liegen, sondern möglichst da, wo man die Lage der Kinder kennt und möglichst unbürokratisch helfen kann – bei Schulen, KiTas und Vereinen. DIE LINKE wird weiter im Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden darauf drängen, dass die Stadt ihrer Verantwortung gerecht wird. Auch in Bonn müssen wir es schaffen, allen Kindern Bildungs- und Teilhabechancen zu eröffnen!

„Daran ändert auch das ‚Bildungspaket‘ nichts...“



Bild: fiskfisk at flickr.com



Bild: URBAN ARTefakte at flickr.com

## Gegen alte und neue Nazis

von Jürgen Repschläger, Ratsmitglied und Mitglied des Kulturausschusses

Ausgerechnet den 1. Mai haben sich Nazis ausgesucht, um in Bonn für ihre verbrecherische Ideologie auf die Straße zu gehen. Die Linksfraktion im Rat unterstützt das breite Bündnis gegen diesen Aufmarsch und wird sich gemeinsam mit vielen Bonnerinnen und Bonnern den Nazis in den Weg stellen. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und verbrecherische Nazi-Ideologie ist für uns Alltagsaufgabe. Um Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus und Rassismus zu bündeln, hat die Linksfraktion beantragt, dass Bonn dem UNESCO-Städtebündnis gegen Rassismus beitrifft. Die Arbeit in diesem Bündnis kann helfen, Strategien gegen alte und neue rassistische Brandstifter zu entwickeln. Die Mitgliedschaft sollte für die UN-Stadt Bonn eine Selbstverständlichkeit sein. Leider wird erst in den Haushaltsberatungen entschieden werden, ob sich Bonn eine aktive Mitgliedschaft leisten kann. Auch an anderer Stelle droht ein wichtiges Projekt an den Finanzen zu scheitern: Die Bücherverbrennung 1933 war Testlauf und zugleich Auftakt für ein Terrorregime, das über die Reichspogromnacht zu Krieg und millionenfacher Ver-

**Breites Bündnis gegen Nazi-Aufmarsch!**

nichtung von Menschen im Holocaust führte. Initiiert durch einen Bürgerantrag soll es in Bonn auf dem Marktplatz eine neue Gedenkstätte anlässlich des 80. Jahrestages der Bücherverbrennung am 10. Mai 2013 geben. Lesezeichen auf dem Marktplatz sollen an das schreckliche Ereignis erinnern und die verbrannten Bücher wieder erlebbar gemacht werden. Die anderen Fraktionen unterstützen dieses Vorhaben – solange es die Stadt kein Geld kostet. Die Linksfraktion meint: Das würdige Gedenken an die Bücherverbrennung verpflichtet auch die Stadt. An den Kosten in Höhe von 80.000 EUR darf das Mahnmal nicht scheitern. Dafür werden wir weiter streiten. Kostenlos, aber symbolträchtig ist die Frage der Ehrenbürgerschaften: Wir wollen nicht, dass der Steigbügelhalter Hitlers, der ehemalige Reichspräsident Hindenburg weiter Ehrenbürger Bonns bleibt. Wir wollen auch nicht akzeptieren, dass in Bonn weiter eine Straße an Carl Duisberg erinnert. Dieser forcierte den Einsatz von Giftgas im Ersten Weltkrieg, war verantwortlich für die Deportation von belgischen Zwangsarbeitern und sammelte fleißig Spenden für die NSDAP. So bleibt in Bonn viel zu tun gegen alte und neue Nazis – auf der Straße und im Rat!

## Initiativen der Linksfraktion

### ► Gemeinsam statt getrennt

Inklusion ist auch bei Kitas angesagt! DIE LINKE will, dass inklusive Plätze zur Selbstverständlichkeit im Betreuungsbereich werden.

### ► Nazis raus - aus den Köpfen

Bonn muss eine offene und bunte Stadt bleiben. Die Linksfraktion macht sich dafür stark, dass die Stadt aktives Mitglied in der UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus wird.

### ► Sozialen Wohnraum fördern

DIE LINKE setzt sich bei größeren Planungsvorhaben dafür ein, dass dort anteilig auch sozialer Wohnraum geschaffen wird. Meist lehnen das die anderen Fraktionen ab - allen Sonntagsreden zum Trotz.

### ► Ermekeilkaserne: Chancen nutzen

Die Bundeswehr zieht sich aus der Ermekeilkaserne in der Südstadt zurück. Wir machen uns wie die örtliche Initiative für eine zivile Mischnutzung aus Wohnbebauung und kulturellen Freiräumen stark.

### ► Gesundes Essen in den Schulen

Die Linksfraktion drängt auf hohe Qualitätsstandards für das Schulessen. Das heißt konkret: regionale Produkte aus ökologischem Anbau. Denn es ist nicht egal, was unsere Kinder essen.

### ► Dialog fördern

Die leeren Kassen dürfen zu keiner Spaltung in der Stadt führen. Wir wollen im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Kultur- und Sportausschuss den Dialog fördern. Kultur und Sport - Bonn braucht beides!

### ► Tierquälerei stoppen

TierschützerInnen, die Tierärztekammer und der Bundesrat wissen: Artgerechte Haltung von Wildtieren in Wanderzirkussen geht nicht. Wir wollen, dass die Stadt hierfür keine Flächen mehr zur Verfügung stellt. CDU und Grüne (!) blockieren leider eine klare Linie.



# Aktiv für preiswerten Wohnraum in Bonn!

von Holger Schmidt, planungspolitischer Sprecher und Vertreter der Linksfraktion im Aufsichtsrat der Bonner Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG

Die Mieten steigen unaufhörlich, fast täglich berichten MieterInnen über unzumutbare Wohnverhältnisse in privatisierten Wohnungsbeständen und zugleich erreicht die Zahl der bei der Stadt gemeldeten Wohnungssuchenden immer neue Rekordhöhen. Über 3100 Menschen fanden sich Ende 2011 auf der städtischen Warteliste für preiswerten Wohnraum, das Angebot lag bei nahe null.

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG ist komplett ausgebucht, die Zahl der Belegungsrechte der Stadt sinkt aufgrund der Sparpolitik kontinuierlich. Manch ein Suchender hat schon mehr als 24 Monate in einer städtischen Notunterkunft verbracht, die für solch lange Zeiträume gar nicht gedacht sind.

Dennoch geschieht in Bonn nichts. Die Stadtverwaltung verfasst Papiere, in denen das Problem nur beschrieben wird und die schwarz-grüne Ratsmehrheit hält Sonntagsreden. Tatsächliche Maßnahmen und Beschlüsse: Fehlanzeige. In Bonn sei einfach Bauland so knapp, die Stadt am Ende ihrer Wachstumsmöglichkeiten, ist das Standardargument, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Dabei verabschiedet der Stadtrat in jeder seiner Sitzungen Bebauungspläne, die neue Wohnungen ermöglichen. Fast durchgängig handelt es sich jedoch um eine kleinteilige Eigenheimbebauung, das Häuschen am Stadtrand oder „höherwertigen Wohnungsbau“, in dem nicht viele Menschen Platz finden und auch nicht diejenigen, die auf preiswerte Mietwohnungen angewiesen sind.

Das zeigt: Es fehlt am politischen Willen. Alternativen sind machbar: durch die massive Förderung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG – sei es durch Übertragung städtischer Grundstücke oder die Bereitstellung von Finanzmitteln –, ein kommunales Wohnungsbauförderprogramm von min. 5 Mio. EUR und die bindende Festlegung von anteilig sozialem und Geschosswohnungsbau bei größeren Bauvorhaben.

Daneben muss die Umwandlung von Wohnraum in Büros oder „Boarding-Einheiten“ und der Leerstand von Wohnungen bekämpft werden. Dies ist in NRW dank rot-rot-grüner Landtagsmehrheit seit letztem Jahr durch eine kommunale Zweckentfremdungssatzung möglich. Auch hierfür hat die Bonner Linksfraktion einen Antrag im Rat gestellt. Denn für preiswerten Wohnraum muss die Stadt endlich aktiv werden.

**DIE LINKE  
fordert  
kommunales  
Wohnungsbauprogramm und mehr  
Sozialwohnungen**



Bild: camera caritatis at flickr.com



Michael Faber bei einem Treffen mit der BezirksschülerInnen-Vertretung. Das Thema war: Bundeswehr an Schulen. Für DIE LINKE ist klar: Die Werbeversuche der Bundeswehr gehören nicht an die Schulen. Bild: BezirksschülerInnenvertretung Bonn

## Privatisierung verhindert - Beschäftigung gesichert

Lange wurde gerungen, was mit der Karstadt-Immobilie in der Innenstadt geschieht. Für die Linksfraktion hatte die Sicherung der Arbeitsplätze oberste Priorität. Zugleich konnte der Versuch abgewehrt werden, das Filet-Grundstück im Herzen der Stadt einem privaten Immobilieninvestor faktisch zu übereignen. Die Linksfraktion hatte im Wirtschaftsausschuss erfolgreich beantragt, das bereits vorgesehene Vorkaufsrecht des Investors zu streichen. Jetzt bleiben städtisches Eigentum und auch die Perspektiven der Beschäftigten durch langjährige Erbpacht gesichert.

**Gastbeitrag der Mieterinitiative contra Annington:**

## „Wie man einem Immobilienhai die Zähne zeigt!“

**von Thomas Riedl, Sprecher der Initiative ‚Mieter contra Annington‘. Die Initiative ist parteipolitisch unabhängig.**

Die Deutsche Annington gehört einem in London ansässigen Hedgefonds und besitzt hierzulande etwa 220.000 Wohnungen. Das Ziel ist Rendite, allzu oft auf Kosten der Bausubstanz. Allein in verschiedenen Stadtteilen Bonns befinden sich 4.900 Annington-Wohnungen, darunter auch eine Wohnanlage in der Marie-Curie-Straße (Brüser Berg). Weil auch hier zu wenig in die Instandhaltung investiert wurde, ging es mit dem vormals guten Zustand der Häuser bergab.

Mitte Januar 2012 war für die Mieter der Marie-Curie-Straße das Maß endgültig voll. Auf meine Aufforderung über Aushänge in den Treppenaufgängen hin, machten viele Nachbarn per Brief oder E-Mail ihrer Kritik an der Vermietungspraxis der Deutschen Annington Luft. Binnen einer Woche kam eine vierseitige Liste mit Mängeln unserer Wohnanlage zusammen. Darunter defekte Klingelkästen, eine verdreckte Tiefgarage, mangelnder Brandschutz, marode Balkone, Schimmel in Schlaf- und Badezimmern, eine völlig vergraute und schadhafte Fassade und vieles andere.

Im Februar fand dann unsere erste Mieterversammlung statt. Eine zweite mit der Wahl eines Mieterbeirates folgte Ende März. Wir formulierten einen offenen Brief mit Forderungen an die Deutsche Annington und beschlossen unsere weitere Strategie. Um dauerhaft Öffentlichkeit und

Aufmerksamkeit herzustellen, schuf ein Nachbar unsere viel beachtete Webseite [www.mieter-contra-annington.de](http://www.mieter-contra-annington.de). Plakate in der Wohnanlage, Facebook-Initiativen und der Dialog mit den demokratischen Parteien sowie der Lokalpresse halfen, Öffentlichkeit für unser Anliegen zu gewinnen.

Warum ist es so wichtig, gegenüber einem Unternehmen wie der Deutschen Annington konsequent mediale Öffentlichkeit und politischen Druck herzustellen? So ein Unternehmen ist mächtig. Es hat eine professionelle PR-Abteilung, viel Geld und viele Anwälte. Aber es hat eine Schwachstelle: Die Deutsche Annington muss 2013 Kredite in Höhe von 4,7 Mrd. EUR umschulden! Und daher ist schlechte Presse Gift für ihre Bonität am Finanzmarkt.

Durch kritische Öffentlichkeit sorgten wir erfolgreich dafür, dass die Deutsche Annington unsere berechtigten Anliegen nicht mehr ignorieren kann. „Ich habe noch nie so viele Nadelstreifenanzüge und dicke Autos in unserer Straße gesehen“, sagte ein Junge aus der Nachbarschaft treffend. Und tatsächlich: Mittlerweile werden die beklagten Mängel repariert. Wir bekommen einen namentlich bekannten Hausmeister und bis Ende Mai 2012 wird das Unternehmen uns bekannt geben, wie und wann nach 19 Jahren renoviert wird. Zeigen auch Sie der Deutschen Annington in Bonn die Zähne! Wenn Sie Unterstützung brauchen, setzen Sie sich mit uns über [www.mieter-contra-annington.de](http://www.mieter-contra-annington.de) in Verbindung.

## Die Linksfraktion stellt sich vor

**Gitti Götz**  
Stadtverordnete und  
Bezirksverordnete im  
Stadtbezirk Bonn



Kommunalpolitik finde ich spannend, weil sie nah an den Menschen ist. Was ist wichtiger: neuer Wohnraum oder mehr Grünflächen in der Stadt? Bringt ein neuer Baumarkt wirklich Vorteile für die Anwohnerinnen und Anwohner oder nur mehr Autoverkehr? Das diskutiere und entscheide ich als Bezirksverordnete und jetzt auch als Stadtverordnete mit. Die Antwort steht nicht immer im Parteiprogramm! Ich habe schon viel dazu gelernt, vor allem in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern.

Ich engagiere mich in ver.di als Vorsitzende des Ortsvereins Bonn. Gewerkschaftliche Unterstützung konnte ich während meines bunten Lebenslaufs selbst oft gut gebrauchen: Nach meinem Chemie-Diplom bildete ich mich weiter zur Onlineredakteurin, zwischendurch war ich erwerbslos. Nach mehreren befristeten Jobs arbeite ich jetzt als Datenbankentwicklerin in einer chemischen Prüffirma und gründe dort gerade einen Betriebsrat.

### Kontakt

Thomas Riedl, Sprecher der Initiative  
„Mieter contra Annington“  
Marie-Curie-Straße 4  
53125 Bonn  
[www.mieter-contra-annington.de](http://www.mieter-contra-annington.de)





Bild: Plan des Bahnhofsgeländes im heutigen Zustand

## Bahnhofsvorplatz: Widerstand gegen Investorenpläne

von Holger Schmidt, planungspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Mit den Stimmen von CDU und Grünen hat der Stadtrat Anfang März entschieden, die städtischen Anteile der Südüberbauung an den Projektentwickler Sevenheck zu verkaufen.

DIE LINKE hat gegen diesen Verkauf gestimmt, da weder der Investor vertrauenswürdig ist noch sein geplanter Neubau überzeugend: Er ist zu groß, lässt zu geringen Raum für Radfahrer- und FußgängerInnen und ermöglicht auch keinen

**Initiative plant Bürgerbegehren gegen neue Südüberbauung**

Bahnhofsvorplatz, wie ihn die Bürgerwerkstatt gefordert hatte. Hinzu kommt die Verdrängung von Menschen, die das „aufgewertete“ Konsumklima stören: Beredtes Zeichen ist der Wegfall der gemeinsamen Anlaufstelle von Polizei und Ordnungsamt (GABI) in der Unterebene. Gegen den Verkauf der städtischen Anteile hat eine Initiative rund um den Verein „Pro Bahnhofsvorplatz“ Mitte April ein Bürgerbegehren gestartet. Innerhalb von drei Monaten müssen nun gut 9.500 Unterschriften zusammen kommen.

DIE LINKE unterstützt diese Anstrengung, durch BürgerInnenvotum eine Fehlentscheidung der schwarz-grünen Mehrheit für den Bahnhofsbereich zu korrigieren.



Bild: Zeitfixierer at flickr.com

## Bonn packt's wieder falsch an

von Eberhard Luithlen, Sprecher der Linksfraktion im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda

Die Bürgerbefragung zum letzten Haushalt hat die Linksfraktion trotz erheblicher Kritik noch mitgetragen, denn wir wollen die politischen Entscheidungsprozesse für die Mitwirkung der BürgerInnen öffnen. Jetzt läuft für den nächsten Haushalt 2013/2014 wieder eine Befragung.

Aus dem durchaus kritikwürdigen Verfahren des Vorjahres wurden aber kaum weiterführende Konsequenzen gezogen. Das beginnt damit, dass sich die Verwaltung bis heute außer Stande sieht, darzulegen, welche der zahlreichen Vorschläge des vergangenen Jahres konkret umgesetzt werden. Wenn für

die TeilnehmerInnen aber nicht erkennbar ist, welche Konsequenzen aus ihrer Beteiligung folgen, dann verkommt die Beteiligung zum Alibi-Verfahren.

Ein wirklich partizipatives und nicht ausgrenzendes Verfahren muss zudem entgegen der aktuellen Umsetzung über eine Internetbefragung deutlich hinausgehen. Zu kurz greift für uns auch die Fokussierung der Beteiligung auf Haushaltskonsolidierung. Denn die Verantwortung für strukturell unterfinanzierte Kassen lässt sich nicht einfach von Bund und Land auf engagierte BonnerInnen abschieben. Daher lautet das Fazit der Linksfraktion: Bürgerbeteiligung? Ja, aber nicht so!

**„Dann verkommt die Beteiligung zum Alibi-Verfahren.“**



# DIE LINKE. kämpft für Rekommunalisierung

## TO DO! Gebäudereinigung: Gegen Ausbeutung, für gute Arbeit

von Anatol Koch,  
Fraktionsgeschäftsführer

Es ist ein offenes Geheimnis: In der Gebäudereinigung ist Ausbeutung an der Tagesordnung.

Mittendrin: die Stadt Bonn! Denn die kommunale Gebäudereinigung wurde privatisiert, um Kosten zu sparen. Die Folge: Hungerlöhne! Die Stadtverwaltung verweist hierzu nur auf die Verantwortung der privaten Reinigungsfirmen.

Nach unseren Informationen vergibt die Stadt Reinigungsaufträge aber zu unerfüllbaren Bedingungen. Unbezahlte Arbeitsstunden und faktische Stundenlöhne

**Städtische  
Gebäude-  
reinigung in  
öffentliche  
Hand!**

von 2,79 EUR sind die Folge, wie auch aus einem Bürgerantrag von Reinigungskräften hervorgeht. Auf Druck der Linksfraktion wurde jetzt der Zoll zur Kontrolle eingeschaltet. Schlimmstenfalls drohen der Stadt empfindliche Geldbußen – denn für die Branche gilt ein verbindlicher Mindestlohn. Die Linksfraktion macht sich für ein Ende von Lohndumping und Hungerlöhnen stark.

Auch wenn das noch alle anderen Fraktionen ablehnen, bleibt unser Ziel die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung: für gute Arbeit und faire Löhne!



## Neues aus der BV Hardtberg

von Nortfried Quickert-Menzel, Mitglied der Bezirksvertretung Hardtberg

Auf dem Brüser Berg und in Medinghoven ist die Nahversorgung mit Lebensmitteln bedroht. Ob eine große Erweiterung der Flächen in Duisdorf – wie mit dem Burgweiher-Karrée (ursprünglich) geplant – kleineren Einkaufsmöglichkeiten nicht eher schadet? Mangelware ist im Bezirk Hardtberg auch bezahlbarer Wohnraum. Im Bereich guter sozialer Wohnungsbau ist lange nichts geschehen. Bei zukünftigen Bauprojekten im Bezirk, Stichwort etwa Gallwitz-Kaserne, muss deshalb darauf geachtet werden, dass Wohnungen entstehen, die sich weniger Betuchte auch leisten können. Allerdings ficht dies die SPD-geführte Stadtverwaltung nicht an. Auch auf die wenigen Freiflächen hat sie jetzt ihr Augenmerk gerichtet. Gemäß eines Beschlusspapiers, das der Bezirksvertretung vorliegt, will sie ein „nachfrage- und bedarfsgerechtes Flächenangebot für Unternehmen etc. (...) gewährleisten“, auch für emittierendes Gewerbe, z.B. Industrie. Im Hardtberg gibt es zwei Gewerbegebiete. Das ist ausreichend, zumal es auch Leerstand gibt. Vielmehr braucht es politischen Druck für bezahlbaren Wohnraum, dabei sind dann auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen.



Bild: bpmm at flickr.com

## ERLEDIGT! Energienetze

von Dr. Michael Faber,  
Vorsitzender der Linksfraktion

Ende des vergangenen Jahres lief die Konzession zu Gunsten von RWE für die Energieversorgungsnetze in Beuel und Bad Godesberg aus.

Während die anderen Fraktionen das Thema lange verschliefen, machte DIE LINKE früh Druck. Wir meinen: Die Versorgungsnetze gehören zur Daseinsvorsorge und zurück in öffentliche Hand! Außerdem müssen hier die Weichen in Richtung Energiewende gestellt werden.

**„Die  
Energienetze  
gehören zur  
Daseins-  
vorsorge.“**

Tatsächlich erhielten die Stadtwerke den Zuschlag. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Entmachtung des Monopolisten RWE. Die Entscheidung stärkt dezentrale Energiewirtschaft in kommunaler Verantwortung.

Zugleich konnte die Linksfraktion viele Forderungen durchsetzen: Elektromobilität und erneuerbare Energien werden jetzt stärker gefördert und die Durchleitungsverluste im Netzbetrieb müssen reduziert werden. Das zeigt: Rekommunalisierung ist gut für den Geldbeutel der VerbraucherInnen und die Umwelt!

# Für ein echtes Sozialticket!

Bild: URBAN ARTefakte at flickr.com

Von Dr. Michael Faber,  
Vorsitzender der Linksfraktion

Gesellschaftliche Teilhabe braucht Mobilität. Aber die Preise für Bus und Bahn sind hoch und für Geringverdiener oder Hartz-IV-BezieherInnen kaum erschwinglich. Deshalb hat Bonn in der Vergangenheit über den Bonn-Ausweis auf alle Tickets im Stadtgebiet 50%-Ermäßigung eingeräumt. Auch damit wurden die Fahrkarten nicht billig, doch für mehr als 20.000 BürgerInnen war es eine Erleichterung. Trotzdem kürzte die Ratsmehrheit von CDU und Grünen hier zuletzt drastisch: Über 90% aller NutzerInnen müssen nun mehr zahlen. Besonders dreist: Anlass für die Einschränkungen war eine zusätzliche Landesförderung. Denn auch auf Druck der LINKEN legte NRW ein erstes zaghaftes Förderprogramm für Sozialtickets auf. Bonn sollte hierdurch ca. eine halbe Million EUR im Jahr erhalten. Geld, das Schwarz-Grün einstecken wollte, ohne das Angebot zu verbessern. Im Gegenteil kam es sogar zu Einschnitten: Mit dem neuen Mobilpass gibt es jetzt keine ermäßigten Tages- und Wochentickets mehr. Auch das Monatsticket verteuerte sich ausgehend vom vorher günstigsten Formel9-Ticket um satte 26%. Mit die-

sem schamlosen Sozialabbau strafen die Bonner Grünen ihr eigenes Wahlprogramm Lügen. Darin wurde noch der Erhalt des Bonn-Ausweises „ohne Abstriche“ versprochen. Die Linksfraktion im Rat hat diesen dreisten Sozialabbau abgelehnt. Wir kämpfen für ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient. Nicht zuletzt deshalb kommt es zu Neuwahlen im Land. DIE LINKE. NRW hatte ein landesweites Sozialticket für höchstens 15 EUR gefordert, um dem Landeshaushalt zuzustimmen. SPD und Grüne zeigten aber kein Entgegenkommen, obwohl dies den Landeshaushalt nicht erheblich belastet hätte. Damit steht neben dem Landtag am 13. Mai auch das Sozialticket zur Wahl. Für die Linksfraktion im Rat ist klar: Stadt und Land sind gemeinsam gefordert! Ein echtes Sozialticket muss endlich her!



**Sozialabbau:  
schwarzGRÜN  
demontiert den Bonn-  
Ausweis!**



## Impressum

**Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bonn**  
Dr. Michael Faber (V.i.S.d.P)

Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn  
Tel: 0228 - 77 - 40 81 / - 40 80  
Fax: 0228 - 77 - 40 85  
linksfraktion@bonn.de  
www.linksfraktion-bonn.de  
Layout: Jonas Bens  
Druck: Kessoprint, Nikolausstr. 43,  
53129 Bonn

## Kontakt

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns. Rufen Sie an oder schreiben Sie an linksfraktion@bonn.de.

## Bilder

Die verwendeten Bilder stammen, so nicht anders gekennzeichnet, von Susanne Kleinfeld.  
Kontakt: susannekleinfeld@gmx.net

## Abo gefälltig?

Die LINKS-rheinische erscheint zweimal jährlich. Gerne können Sie die Zeitung kostenlos abonnieren! Einfach anrufen unter 0228- 77 - 40 81 oder eine E-Mail an linksfraktion@bonn.de

Diese Zeitung ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss 22.04.2012.